

Saarbrücken, den 4. April 2020

PRESSEMITTEILUNG

So weh die weitgehende Grenzschießung zu Frankreich tut – leider bleibt sie derzeit noch notwendig

Der saarländischen Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag Saarland haben sich in einer gemeinsamen Erklärung bezüglich der momentanen weitgehenden Grenzschießungen zu Frankreich für eine Beibehaltung des Status Quo ausgesprochen.

"Uns allen blutet das Herz, weil wir in 25 Jahren die offenen Grenzen zu unseren Nachbarländern, insbesondere zu Frankreich, nicht nur schätzen, sondern auch lieben gelernt und uns daran gewöhnt haben", so Hermann Josef Schmidt, Präsident des saarländischen Städte- und Gemeindetages und sein Vize-Präsident Jörg Aumann. Sie fügen hinzu: "Es sind nicht nur die vielen beruflichen Verflechtungen, die unsere beiden Länder dauerhaft verbinden. Auch viele Verwandtschaftsverhältnisse und freundschaftliche Verbindungen gehen über Grenzen hinweg und sind derzeit einer harten Probe unterzogen. Das tut weh, ist aber notwendig."

"Wir haben Verständnis für Kollegen, besonders für die in unmittelbarer Grenznähe, die die Auswirkungen besonders stark spüren. Und wir beweisen unsere Solidarität mit den Freunden in Frankreich nicht nur durch symbolische Gesten wie das Freundschaftsvideo der saarländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sondern auch durch handfeste Unterstützung unseres Landes bei der Versorgung schwerkranker COVID-19-Patienten aus Frankreich in saarländischen Kliniken. Mit den derzeit bestehenden Regelungen ist es auch für Berufspendler weiterhin möglich, wenn auch etwas beschwerlicher, ihrer Arbeit in Deutschland nachzugehen. Wir hoffen alle, dass diese Einschränkungen möglichst bald beendet werden können."

Der Vorsitzende des Landkreistages Patrik Lauer und sein Stellvertreter Udo Recktenwald ergänzen: "Allerdings ist nicht zu leugnen, dass durch die deutlich liberalere Handhabung der Ausgangsbeschränkungen hier im Saarland viele Franzosen ohne triftigen Grund das Saarland aufsuchen. Besonders in Grenznähe sind die Ordnungsämter und die Vollzugspolizei dadurch über Gebühr gefordert. Es gilt nun, die Dauer der Beschränkungen mit allem, was möglich ist, zu begrenzen - aber erst wenn die Reproduktionszah-

len deutlich zurückgehen, kann über eine Lockerung der Maßnahmen nachgedacht werden. Nun muss man sich auch darauf konzentrieren, dass französische Arbeitnehmer im Saarland verstärkt getestet werden, wenn sie in ihrem Heimatland nicht die Möglichkeit dazu haben."

Bei allem Verständnis für den Wunsch nach einer Rückkehr zur normalen Verhältnissen mahnen die Spitzen der Kommunalverbände im Saarland derzeit also zur Geduld.